

Neuntes Deutsch-Britisches Gewerkschaftsforum

Newcastle, 8. und 9. Juli 2010

**After the crisis:
services of general interest
in tomorrow's economy**

Konferenzbericht

Hans-Böckler-Stiftung

Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro London

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie ist in allen ihren Aufgabenfeldern der Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft verpflichtet. Sie wirbt für diese Idee und tritt für erweiterte Mitbestimmungsrechte ein.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro London

Das Londoner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1988 eröffnet, um für ein besseres politisches Verständnis in den deutsch-britischen Beziehungen zu werben. Zudem fördert das Büro den Dialog zwischen den beiden Ländern in wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und politischen Angelegenheiten.

© Hans-Böckler-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel +49 (0)211-7778 153/4 Fax +49 (0)211-7778 256
E-mail: Nikolaus-Simon@boeckler.de Internet: www.boeckler.de

Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro London
66 Great Russell Street
London WC1B 3BN
Tel: +44-(0)20-7025 0990 8745 Fax: +44-(0)20-7242 9973
E-Mail: info@feslondon.net www.feslondon.org.uk

Berichterstatter:

Guntram Doelfs, Journalist
Kamminer Strasse 8, 10589 Berlin
Tel. +49 (0)30-864 521 50 Fax: +49 (0)30-859 728 92
E-Mail: info@guntram-doelfs.de

Inhalt

Zusammenfassung des Berichterstatters.....	2
---------------------------------------------------	----------

Einleitung

Angst vor dem finanziellen Kahlschlag Sparprogramm gefährdet Strukturwandel im Nordosten Englands John Shipley, Bürgermeister von Newcastle.....	5
Gemeinsam gegen Privatisierung Newcastle und Unison arbeiten erfolgreich zusammen Kenny Bell, Convenor der Gewerkschaft UNISON in Newcastle.....	7
Alternativen zum Rotstift gesucht Besser Steuern erhöhen als Ausgaben kürzen Kevin Rowan, Regionalsekretär TUC Northern.....	8
Weder besser noch preiswerter Thesen zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen Jutta Steinruck (SPD), Abgeordnete im Europäischen Parlament.....	10

Der Dienstleistungssektor in Europa im Überblick

Die guten Noten überwiegen Europäer stellen öffentlichem Dienst positives Zeugnis aus Klára Fóti, Research Manager, Eurofound.....	12
Angriff auf die letzte Bastion Regierung will sparen – und die Gewerkschaften treffen Claire Williams, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand von UNISON.....	13
Das Unsichtbare sichtbar machen Deutsche Dienstleister kämpfen gegen schlechtes Image Hans Gabriel, Berater für dienstleistungspolitische Projekte.....	16

Deregulierung und Privatisierung im Dienstleistungssektor

Ungesunde Besessenheit Sparpolitik verstärkt Privatisierung in Europa Stephen Hughes (Labour), Abgeordneter im Europäischen Parlament.....	20
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

Privatisierung braucht Regeln Verbraucher wollen gute Dienstleistungen zu fairen Preisen Nils Böhlke, Doktorand am WSI der Hans-Böckler-Stiftung.....	22
Nur Nein sagen reicht nicht mehr Gewerkschaften fehlt Gegenentwurf zur Privatisierung Brendan Martin, Generaldirektor von Public World.....	23
Öffentlich, innovativ und erfolgreich Kommunale Unternehmen mischen den freien Markt auf Reinhard Klopffleisch, Leiter Referat Ver- und Entsorgungspolitik, ver.di.....	25
 Neue Herausforderung: Organisation des neuen Dienstleistungssektors	
Gewerkschaften müssen stärker für sich werben Jugend kennt kaum noch Vorteile einer Mitgliedschaft Paul Clays, Regionalsekretär Communication Workers Union.....	27
Rückkehr zu einem sozialen Europa Privatisierte Unternehmen wieder verstaatlichen Enrico Tortolano & John Medhurst, Public and Communication Services Union.....	29
Diskussion.....	31

Zusammenfassung des Berichterstatters

Seit im Frühjahr 2010 Griechenland in der Finanzmarktkrise vor dem Staatsbankrott stand und Spekulanten den Euro beinahe zu Fall brachten, wird in Europa flächendeckend der Rotstift angesetzt. Mit teilweise brachialen Sparprogrammen versuchen Regierungen von Athen bis Dublin, die ausufernden Staatsschulden in den Griff zu bekommen. Fast immer ist eines der Hauptziele dieser Kürzungen der öffentliche Dienst. Nachrichten über einen radikalen Abbau von Arbeitsplätzen, massiven Verschlechterungen der tariflichen Arbeitsbedingungen und umfangreiche Streichungen im Angebot an öffentlichen Dienstleistungen prägen seit Monaten die Schlagzeilen. Diese Entwicklung ruft inzwischen europaweit die Gewerkschaften auf den Plan. Sie befürchten, dass neoliberale Regierungen und Wirtschaftsverbände die Schuldenkrise dafür nutzen wollen, eine neue Privatisierungs- und Liberalisierungswelle durchzusetzen und das bisherige europäische Sozialmodell nachhaltig zu demontieren.

Auf diese Herausforderung gilt es, schnell und tiefgehend eigene wirtschafts- und sozialpolitische Antworten zu finden. Das 9. Deutsch-Britische Gewerkschaftsforum im nordenglischen Newcastle widmete sich deshalb der Frage, wie sich nach der Finanz- und Schuldenkrise die Dienstleistungssektoren in beiden Ländern und in Europa entwickeln werden – und wie die Gewerkschaften auf beiden Seiten der Nordsee eine schlagkräftige politische Alternative zur neoliberalen Agenda entwickeln können.

Schon zu Beginn der Tagung zeigte sich, wie unterschiedlich die Entwicklung der Dienstleistungssektoren zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich derzeit noch immer verläuft. In Großbritannien prägten bislang zwei unterschiedliche Trends den Dienstleistungsbereich. Zum einen leitete die konservative Regierung unter Margaret Thatcher in den 80er-Jahren eine flächendeckende Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ein. Zum anderen pumpte aber später New Labour gewaltige Summen in den Dienstleistungssektor, besonders in den öffentlichen Dienst. Ziel von Labour war, wegbrechende Arbeitsplätze in der Industrie teilweise zu kompensieren und durch gezielte Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur die Entwicklung neuer Wirtschaftsbereiche zu fördern.

Um so härter treffen nun den öffentlichen Dienst in Großbritannien die radikalen Budgetkürzungen, die die neue konservativ-liberale Koalition unter David Cameron gleich nach ihrem Regierungsantritt im Mai 2010 ankündigte. Bis zu 25 Prozent sollen danach im Haushalt gestrichen werden. Claire Williams von der Dienstleistungsgewerkschaft UNISON schilderte in ihrem Beitrag, wie heftig diese Politik den öffentlichen Dienst im Vereinigten Königreich erschüttern wird. Derzeit sind noch rund acht Millionen Menschen im öffentlichen Sektor beschäftigt, davon zwei Millionen in privatisierten Unternehmen. Bis zu 750.000 Jobs im öffentlichen Dienst sind durch die Mittelkürzungen gefährdet, rechnete Williams vor. Nicht eingerechnet in diese Zahlen sind die Beschäftigten von privaten Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen abhängen.

Kevin Roan vom TUC Northern beschrieb am Beispiel der nordostenglischen Region um Newcastle, wie düster die Prognosen im Detail sind. Bislang arbeitet dort rund ein Drittel aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Sollten die Kürzungen wie angekündigt umgesetzt werden, stehen bis zu 50.000 Jobs auf dem Spiel. Die geplanten Streichungen gefährden auch den eingeleiteten Strukturwandel in Newcastle, wie Bürgermeister John Shipley schilderte. Die Stadt leidet noch immer unter dem Niedergang ihrer ehemals prägenden Industrien im Berg-, Schiff- und Maschinenbau, bei dem sehr viele Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Vor Jahren leitete die Stadtverwaltung daher einen Strukturwandel hin zu einer Dienstleistungs-, Bildungs- und Kulturmetropole ein - der nun dem Rotstift zum Opfer fallen könnte.

In Deutschland ist dagegen der öffentliche Dienst schon seit Anfang der 90er-Jahre von einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen geprägt, wie Gewerkschaftsberater Hans Gabriel schilderte. Allein zwischen 1995 und 2005 gingen rund 2,5 Millionen Jobs im öffentlichen Dienst verloren, die Zahl der Beschäftigten sank um nahezu 40 Prozent von 6,4 auf 3,9 Millionen. Die Abwärtsspirale ist noch immer nicht gestoppt, durch laufende Privatisierungen bzw. Ausgliederungen bei Bahn, Post und kommunalen Unternehmen sinkt die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter.

Sowohl die britische wie die deutsche Regierung verbreiteten derzeit das neoliberale Credo, dass im Dienstleistungssektor private Anbieter qualitativ bessere Dienstleistungen anbieten und flexibler auf Kundenwünsche reagieren. Jutta Steinruck, sozialdemokratische Abgeordnete im EU-Parlament, hält diese Ansicht für überholt. Sie stellte in ihrem Beitrag drei Thesen über Folgen und Lehren aus der zunehmenden Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Europäischen Union zur Diskussion. Für die Abgeordnete haben die Privatisierung und die Reduzierung von Dienstleistungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge weder zu einer Verbesserung des Angebots noch zu einer Entlastung öffentlicher Haushalte geführt.

Die Frage der Qualität von Dienstleistungen muss in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um den öffentlichen Dienst künftig viel stärker von den Gewerkschaften thematisiert werden. In diesem Punkt sind sich deutsche und britische Gewerkschaften grundsätzlich einig. Unterschiedliche Auffassungen gibt es über die Art und Weise. Auf britischer Seite wird die Frage entlang der Argumentationslinie privat versus öffentlich geführt. Der öffentliche Dienst biete mehr hochwertige Jobs als der private Sektor und häufig bessere Leistung, lautete eine häufig formulierte Position. Auf deutscher Seite möchte man sich dagegen auf keine grundsätzliche Debatte privat versus öffentlich einlassen. Entscheidend sei es, die Diskussion positiv anhand von Qualitätskriterien wie Preis, Güte und Zugang zur Dienstleistung zu führen. Reinhard Klopffleisch, Referatsleiter für Ver- und Entsorgungspolitik bei ver.di, belegte in seinem Vortrag, dass öffentliche Dienstleister in Deutschland im freien Markt durchaus wirtschaftlich erfolgreich agieren – und gleichzeitig eine hohe Dienstleistungsqualität bieten.

Der liberale Glaube, dass Privatisierung die Qualität von Dienstleistungen verbessere, ist aus Sicht der Konsumenten nicht gegeben, wie Nils Böhlke in

seinem Beitrag darlegte. Der Forscher am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung berichtete über das europäische Forschungsprojekt PIQUE, das die Auswirkungen der Privatisierung auf Qualität, Beschäftigung und wirtschaftliche Produktivität untersuchte. Die Ergebnisse zeigen, dass es keinerlei Zusammenhang zwischen Privatisierung und der Zufriedenheit von Konsumenten mit Dienstleistungsqualität gebe, so Böhlke. Interessanterweise sieht die Bevölkerung in der EU das offenbar ähnlich. So ergab im Jahr 2007 die zweite Erhebung zur Lebensqualität in der EU, dass die Europäer ihre öffentlichen Dienste relativ positiv bewerten, berichtete Klára Fóti von der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound).

Andererseits bewerten laut Böhlke viele Europäer die Auswirkungen von Privatisierung und Deregulierung öffentlicher Dienstleistungen durchaus kritisch, besonders in der Frage des universellen Zugangs zu Dienstleistungen. Die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen sollte daher nicht dem freien Markt überlassen werden, urteilte der Wissenschaftler.

Doch wie kann die Qualität von Dienstleistungen überhaupt definiert werden, fragte Hans Gabriel. Dieser Punkt sei weitgehend ungeklärt, es fehle an entsprechender Forschung und noch mehr an einer entwickelten dienstleistungspolitischen Debatte in den Gewerkschaften. Während inzwischen mehr als 70 Prozent der Erwerbstätigkeit in Deutschland im Dienstleistungsbereich angesiedelt sei, gebe es gleichzeitig ein negatives Bild über die Wertigkeit von Dienstleistungen, schilderte Gabriel. Um eine erfolgreiche Abwehrstrategie gegen die Demontage öffentlicher Dienstleistungen zu entwickeln, dürfe das nicht so bleiben. Auch die Gewerkschaften sind gefordert, die Wertigkeit von Dienstleistungen für die Lebensqualität der Menschen viel stärker herauszustellen. Oder in Gabriels Worten: „Wir müssen das Unsichtbare der Dienstleistungen sichtbar machen“.

Für viele britische Teilnehmer des Forums geht es jedoch längst um mehr als um eine reine Abwehrschlacht gegen Privatisierung und Abbau von öffentlichen Dienstleistungen. Die Gewerkschaften müssten eine radikale Politikalternative zu der neoliberalen Agenda entwickeln, meinten Enrico Tortolano und John Medhurst von der Dienstleistungsgewerkschaft PCS. Für Medhurst sollte diese Alternative unmissverständliche Signale aussenden. Dazu zählen ein absoluter Stopp der Privatisierung und die Wiederverstaatlichung bereits privatisierter Unternehmen.

Ein wirtschaftspolitisches Alternativkonzept zur konservativen Agenda präsentierte John Hughes, Labourpolitiker und Abgeordneter im Europäischen Parlament. Für ihn müssen die politischen Schwerpunkte in der Bekämpfung der Schulden- und Finanzmarktkrise völlig anders gewichtet werden. Statt das Heil nur in massiven Haushaltskürzungen zu suchen, sollten die EU-Staaten mit einem Gesamtpaket aus Steuererhöhungen die Einnahmen erhöhen und vor allem die Finanzmärkte stärker an den Kosten zur Bewältigung der Krise beteiligen. Gleichzeitig gelte es, auf der Ausgabenseite mit kreativen Lösungen wie zum Beispiel einer europäischen Schuldenagentur, den Staaten mehr Freiraum beim Abbau der Staatsschulden zu verschaffen.

Angst vor dem finanziellen Kahlschlag

Londons Sparprogramm gefährdet Strukturwandel in der Region

John Shipley, Bürgermeister von Newcastle

Zum Auftakt der Tagung gab Newcastles Bürgermeister John Shipley einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Die nordenglische Metropole mit 275.000 Einwohnern und einem Jahresetat von einer Milliarde Pfund durchläuft derzeit einen radikalen Transformationsprozess, vergleichbar mit dem in ihrer deutschen Partnerstadt Gelsenkirchen. Weil die alten, ehemals prägenden Industrien wie Bergbau, Maschinenbau und die Werften im Niedergang sind, übt Newcastle den Aufbruch zu neuen Ufern. Die Stadt versucht derzeit, mit einer mehrgleisigen Strategie neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die wesentlichen Bestandteile dieser Strategie sind:

- Förderung und Ausbau von Bildung, Wissenschaft und Forschung in der Stadt: „Für jedes investierte Pfund in Wissenschaft und Forschung bekommt man langfristig 4-5 Pfund zurück“, begründete Shipley die hohen Ausgaben der Stadt in diesen Bereichen. Die Stadt ist sich ihrer Randlage zu den wirtschaftlich prosperierenden Kernzonen in der EU durchaus bewusst und versucht deshalb, sich als herausragender Forschungsstandort zu etablieren. „Heute dreht sich doch alles um Innovationen. Einfach nur zu sagen, wir können das auch, reicht nicht mehr aus“, urteilte der Bürgermeister. So finanziert die Stadt zwei Universitäten mit zusammen 35.000 Studierenden und siedelt erfolgreich Forschungsinstitute von profitablen neuen Wirtschaftsfeldern - etwa im Bereich Erneuerbare Energien und besonders im Bereich der Gesundheitsforschung – in Newcastle oder der angrenzenden Region an.
- Ansiedlung von neuen innovativen Industrien: Das Gebiet um Newcastle entwickelt sich zu einer der bedeutendsten Regionen in Großbritannien für Erneuerbare Energien. „Die Ufer entlang des Flusses Tyne sind quasi wiedergeboren als ein wichtiges Zentrum für die Herstellung von Offshore-Windturbinen“, so Shipley. Sehr erfolgreich ist die Kommune im Bereich der Medizinforschung und der Ansiedlung von Pharmaindustrie, wo in den vergangenen Jahren viele neue Jobs entstanden sind.
- Förderung der Kultur und Ausbau der kommunalen Infrastruktur: Längst hat die Stadt erkannt, dass kluge Köpfe mehr erwarten als nur einen Job, um dauerhaft in einer Stadt zu bleiben. Zusammen mit der Partnerstadt Gateshead auf der anderen Seite des Tyne wurden inzwischen landesweit berühmte Kultureinrichtungen wie das Konzerthaus „The

Sage“ und das „Baltic“ als Museum für zeitgenössische Kunst im alten Hafen eröffnet. Weitere 35 Millionen Pfund flossen in den Aufbau einer neuen modernen Stadtbibliothek. In den vergangenen sechs Jahren investierte Newcastle jährlich 250 Millionen Pfund in den Ausbau der kommunalen Infrastruktur.

- Verzicht auf weitreichenden Jobabbau im öffentlichen Dienst und Förderung von öffentlichen und privaten Dienstleistungsangeboten: Trotz des begonnenen Umbaus der lokalen Wirtschaft leidet die Stadt noch immer unter hohen Arbeitsplatzverlusten infolge des Niedergangs der klassischen Industrien. Um die Beschäftigung nicht völlig einbrechen zu lassen, stützt die Kommune den lokalen Arbeitsmarkt mit vielen Jobs im öffentlichen Dienst bzw. durch die öffentlichen Investitionen auch Teile der Privatwirtschaft. Rund 30 Prozent der städtischen Ausgaben fließen in die Pflege und die Gesundheitsprävention. Mehr als ein Drittel aller Arbeitsplätze in Newcastle sind Jobs im öffentlichen Sektor, die Stadt allein beschäftigt 15.000 Menschen.

Kürzungen werden auch private Wirtschaft treffen

Die hohen Ausgaben der vergangenen Jahre kann die Kommune jedoch nicht länger durchhalten. Newcastle hängt wie alle britischen Städte und Gemeinden bei der Kommunalfinanzierung am Tropf der britischen Zentralregierung. Rund 65 Prozent der kommunalen Einnahmen sind derzeit Zuweisungen aus London. Die neue britische Koalitionsregierung aus Konservativen und Liberalen hat jedoch gleich nach der Regierungsübernahme angekündigt, die öffentlichen Ausgaben in den nächsten vier Jahren um 25-40 Prozent zu kürzen. Shipley rechnete mit Kürzungen der Zuweisungen um bis zu 25 Prozent, was eine Kürzung des städtischen Etats um 15 Prozent bedeuten würde. Es zeichne sich bereits ab, dass die Kürzungen nicht nur den öffentlichen Dienst, sondern auch die private Wirtschaft treffen werde, prophezeite Shipley. Ein Großteil der Arbeitsplätze in der privaten Bauwirtschaft hängt von öffentlichen Aufträgen ab.

In Absprache mit den Gewerkschaften fährt die Kommune seit zwei Jahren die Ausgaben langsam herunter „Wir sparen bereits 30 Millionen Pfund jährlich ein“, sagte der Bürgermeister. Nun will die Stadt versuchen, die Kosten durch Straffung der Verwaltung und durch verstärkte Prävention, etwa im Bereich der Gesundheitsvorsorge, weiter zu senken. Doch der eher linksliberale Bürgermeister ist gespalten: Einerseits teilt er die Einschätzung der neuen Regierung, dass die öffentlichen Ausgaben zu hoch sind und die öffentlichen Schulden aus dem Ruder laufen. Andererseits ist er skeptisch, ob sich bei einer radikalen Kürzung der öffentlichen Ausgaben ein Kahlschlag bei den öffentlichen Leistungen vermeiden lässt. „Ich verstehe zwar, dass es mit mehr Effizienz möglich ist, Kosten zu senken. Ich bin aber nicht davon überzeugt, dass man angesichts der Krise mehr Sozialfürsorge mit weniger Geld umsetzen kann.“

Gemeinsam gegen Privatisierung

Newcastle und Unison arbeiten erfolgreich zusammen

Kenny Bell, Convenor der Gewerkschaft UNISON in Newcastle

Als kommunaler Vertreter von UNISON, der größten britischen Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst, zeichnete Kenny Bell ein kritisches Bild der kommunalen Wirtschaft. Besondere Sorgen bereite ihm die Kombination aus großen Ausgabenkürzungen und dem von Ökonomen prognostizierten erneuten Abschwung der britischen Wirtschaft („Double-Dip-Rezession“). Die Höhe der angekündigten Kürzungen werde absolut enorme Effekte auf die lokale Wirtschaft haben, glaubte Bell. Besonders hart träfe es den öffentlichen Sektor in Newcastle, der mit einem Anteil von 37 Prozent die wichtigste Stütze der kommunalen Wirtschaft ist.

Bell lobte die gute Zusammenarbeit mit den regierenden Liberaldemokraten in der Stadt, die politisch weitaus progressiver als die Parteispitze auf Landesebene seien. So akzeptierten die Stadtoberen ein von Unison initiiertes Programm zur Gleichstellung von Frauen und Männern bei Einkommen und Karrieremöglichkeiten („Equality proof pay and grading structure“), was dem Kommunalhaushalt 9,5 Millionen Pfund höhere Lohnkosten bescherte. Zudem führten die Liberaldemokraten in Newcastle den sozialen Wohnungsbau wieder ein.

Die Kommunalverwaltung vermied bei ihrem vor zwei Jahren eingeleiteten Sparprogramm eine Konfrontation mit den Gewerkschaften. Auf eine verschärfte Privatisierung kommunaler Dienstleistungen wurde ebenso verzichtet wie auf betriebsbedingte Kündigungen. Zudem setzte UNISON, deren Mitglieder zu 70 Prozent Frauen sind, eine Gleichberechtigungsagenda durch. „Das war uns sehr wichtig. Bevor wir jetzt in eine Debatte über Restrukturierung und Effizienzsteigerung gehen, schauen wir uns an, welche Auswirkungen das für die weiblichen Beschäftigten haben wird“, so Bell. (Equality impact Assessment).

Doch die Erfolge dieser guten Zusammenarbeit von UNISON mit der liberaldemokratischen Stadtverwaltung von Newcastle stehen angesichts von Kürzungen von mehr als 25 Prozent nun auf der Kippe. „Vielleicht überleben wir ja ein weiteres Jahr, aber danach wird es für die Verwaltung wohl unmöglich werden, sich weiter zu einer solchen Politik zu bekennen“, sagte Bell.

Alternativen zum Rotstift gesucht

Besser Steuern erhöhen als Ausgaben kürzen

Kevin Rowan, Regionalsekretär des TUC Northern

In seiner Begrüßungsrede erinnerte Kevin Rowan zunächst an den dramatischen wirtschaftlichen Umbruch in Englands Nordosten seit den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Bis dahin waren Newcastle und das Umland eine Industrieregion mit 160.000 Arbeitsplätzen im privatwirtschaftlichen Bereich gewesen. In nur 15 Jahren verschwanden unter den konservativen Regierungen von Margret Thatcher und John Major eine Vielzahl dieser Jobs im Berg-, Schiff- und Maschinenbau, insgesamt gingen laut Rowan 14 Prozent aller Jobs auf dem nordostenglischen Arbeitsmarkt verloren. „Die Wahrheit ist, dass wir uns davon nie erholt haben“, urteilte der Regionalsekretär des TUC.

Heute ist der private Arbeitsmarkt im Nordosten relativ klein. Dagegen wächst die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für die Beschäftigung, auch wenn er in absoluten Zahlen nie den Verlust an industriellen Arbeitsplätzen kompensieren konnte. Die Beschäftigtenquote im Nordosten liegt derzeit bei nur 70 Prozent, rund zehn Prozent unter dem Durchschnitt im Vereinigten Königreich. Auch die Höhe der Durchschnittslöhne liegt um rund 15 Prozent unter dem Landesdurchschnitt, der Verdienst von weiblichen Teilzeitbeschäftigten liegt sogar um 40 Prozent darunter.

Während die Beschäftigung kriselt, registrieren die Gewerkschaften einen Anstieg der Mitgliederzahlen. 2009 konnten sie rund 5000 neue Mitglieder gewinnen, die Gesamtzahl der Mitglieder wuchs nach Angaben Rowans auf rund 450.000. Der Organisationsgrad in den Betrieben liegt durchschnittlich bei 35-36 Prozent, in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten sogar bei 50 Prozent. „Wir im Nordosten haben nach Nordirland den zweithöchsten Organisationsgrad in Großbritannien. Offensichtlich tun wir Gewerkschaftler hier die richtigen Dinge“, sagte Rowan.

Mit dem Machtwechsel in Downing Street Nr. 10 stehen die britischen Gewerkschaften nun vor einer neuen Herausforderung. Gewerkschaften wie Kommunen fürchten eine Generalattacke der neuen konservativ-liberalen Regierung auf den öffentlichen Sektor. Denn ein erheblicher Prozentsatz an Beschäftigten arbeitet in diesem Bereich, „die Mehrheit der guten Jobs in dieser Region ist im öffentlichen Sektor“, so Rowan.

Budgetkürzungen werden die Rezession verlängern

Er sieht die Gewerkschaften daher in der Pflicht, politische Alternativen zur Kürzungslogik der neuen Regierung aufzuzeigen. Auf diese Bereiche sollten sich die Gewerkschaften konzentrieren:

- Politische Alternativen entwickeln: Die einseitige Fokussierung auf die Ausgabenseite verschleiert den Blick auf das große, weitgehend ungenutzte Potenzial auf der Einnahmenseite.

Nach Berechnung der Gewerkschaft PCS werden jährlich 50-100 Milliarden Pfund an Steuern nicht gezahlt. „Wir müssen die Steuerhinterziehung und –flucht bestrafen, anstelle der Menschen, die heute Steuern zahlen“, forderte Rowan. Ein wichtiges Instrument zur Erhöhung der Einnahmen wäre auch die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer, die allein in Großbritannien nach Schätzungen der PCS nahezu jene Summen in die öffentlichen Kassen spüle würde, die durch Steuerflucht verloren gehen.

- Budgetkürzungen verlängern Rezession: Die massiven Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben drohen, die wirtschaftliche Erholung nach der großen Finanz- und Wirtschaftskrise zu gefährden. Das müssen die Gewerkschaften viel stärker in die öffentliche Diskussion tragen. Nach Schätzungen des britischen Finanzministeriums gehen als Folge des gekürzten Budgets in den nächsten fünf Jahren bis zu 1,3 Millionen Jobs verloren.
- Qualität der Arbeit sichern: Im Öffentlichen Dienst sind nicht nur viele Jobs, sondern auch die Arbeitsbedingungen gefährdet, wie die Debatte um vermeintlich „goldene Renten“ zeigt. Besondere Sorgen bereitet daher den Gewerkschaften die Einrichtung der Kommission zur Überprüfung der Renten im Öffentlichen Dienst, die von John Hutton, dem ehemaligen Labourminister für Arbeiten und Renten geleitet werden soll. Es sei damit zu rechnen, dass diese Überprüfung schnell und ohne Konsultation der Gewerkschaften erfolgen werde.
- Gesellschaftlichen Diskurs beeinflussen: Spätestens seit der Finanzmarktkrise stehen grundsätzliche Fragen der Wirtschaftsordnung im Raum. „Was für eine Gesellschaft wollen wir? Was für eine Art Wirtschaft wollen wir? Produzierend und gleichzeitig Nutzen erbringend für die Gesellschaft oder rein produzierend?“, fragte Rowan.

Weder besser noch preiswerter

Thesen zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen

Jutta Steinruck (SPD), Abgeordnete im Europäischen Parlament

Zur Einstimmung auf die Fachreferate stellte die sozialdemokratische EU-Abgeordnete Jutta Steinruck drei Thesen über Folgen und Lehren aus der zunehmenden Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Europäischen Union zur Diskussion.

- **Die Privatisierung und Reduzierung von Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge führt weder zu einer Verbesserung des Angebots noch zu einer Entlastung der Haushalte**

Seit Beginn der 80er-Jahre werden in der Europäischen Union in großem Stil kommunale Betriebe privatisiert. „Verknüpft war damit die Hoffnung, öffentliche Kassen zu entlasten und durch den Wettbewerb bessere und günstigere Dienstleistungen zu bekommen“, so Steinruck. Diese Hoffnungen hätten sich aber nicht erfüllt, obwohl auf europäischer Ebene nahezu alle klassischen staatlichen Aufgaben inzwischen öffentlich ausgeschrieben werden. Statt die Kommunen zu entlasten und die Dienstleistungsqualität zu verbessern, würden die Ausschreibungen nur zu einem Wettbewerb nach unten führen, folgerte die Abgeordnete. Billige Anbieter beuten ihre Arbeitskräfte aus und sparen an der Qualität, um Aufträge zu bekommen.

Häufig fehle es an geeigneten privaten Anbietern, die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge übernehmen können. Also werden die Aufgaben an privatisierte Unternehmen der Kreise, Städte oder Gemeinden übertragen. Die Konsequenz daraus ist ein Quasi-Monopol, welches sich die Unternehmen durch langfristige Verträge absichern lassen. Wenn überhaupt, finde echter Wettbewerb nur bei jenen Dienstleistungen statt, wo private Dienstleister ordentliche Profite erwirtschaften, meinte Steinruck.

Für viele Kommunen erwachsen aus der Privatisierung ganz neue Probleme. Sie bieten heute Dienstleistungen über eng verknüpfte private Unternehmen an, die früher direkt in öffentlicher Hand waren. Als Folge der Privatisierung ging so der direkte Einfluss auf die Firmenspitze des Dienstleisters verloren, nicht aber das Haftungsrisiko der Kommune für Verluste des privatisierten Unternehmens. Während Einfluss und Kontrolle sinke, bleibe den Kommunen gleichzeitig die Verantwortung zur politischen Steuerung.

- **Zur Neustrukturierung und zum Erhalt einer flächendeckenden Versorgung bedarf es einer abgestimmten Dienstleistungsstrategie**

Die zentrale Bedeutung von öffentlichen Unternehmen für eine funktionierende Daseinsvorsorge müsse viel stärker herausgearbeitet werden, forderte die Sozialdemokratin. Dafür biete sich aktuell eine Chance, weil die EU-Kommission aufgrund der Wirtschaftskrise ihre Wettbewerbspolitik neu

justieren müsse. Steinruck mahnte ferner eine konsequente Modernisierung der Vergabeordnungen an. Standards müssten vor Ort definiert werden, die Deutungshoheit bei den politischen Akteuren vor Ort verbleiben.

- **Gewerkschaften müssen die Modernisierung des Dienstleistungssektors aus Sicht und im Sinne der Arbeitnehmer begleiten**

Durch die Privatisierungen sind allein in Deutschland mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze verloren gegangen. Und jene, die ihren Job behalten haben, werden inzwischen häufig unter Tarif bezahlt. Um diesen beunruhigenden Trend zu stoppen, müssen nach Ansicht Steinrucks neue und umfassendere Tarifstrukturen entwickelt werden. Eine gerechte Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen verbessere zudem die Qualität der angebotenen Dienstleistungen, etwa in der Pflege. Nur zufriedene Pflegekräfte „gehen auch anständig mit den zu betreuenden Menschen um“, sagte die Politikerin.

Nicht nur die Tarifstrukturen gehören modernisiert, auch die Regeln zur Vergabe von Dienstleistungen. Wer diese als privater Anbieter übernehmen will, müsse sich zur Einhaltung von grundlegenden Standards verpflichten. Dazu zählen Tariflöhne, die Einhaltung von Gesundheitsstandards und unbefristete Arbeitsverträge. Eines stellte Steinrück ausdrücklich klar. Es gehe nicht um eine Rückkehr zu den Bedingungen der 70er-Jahre. Gefragt sei vielmehr eine Modernisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Daran müssen auch die Gewerkschaften mitwirken.

Die guten Noten überwiegen

Europäer stellen öffentlichem Dienst positives Zeugnis aus

Klára Fóti, Research Manager, Eurofound

Als Grundlage für die weitere Diskussion über die Rolle öffentlicher Dienstleistungen stellte die ungarische Sozialforscherin Klára Fóti Ergebnisse der zweiten europäischen Umfrage zur Lebensqualität (EQLS) vor. Die Umfrage wurde im Jahr 2007 von Eurofound, der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie vier Beitrittskandidaten durchgeführt. Die vom Europäischen Rat gegründete Stiftung befragte darin repräsentativ Menschen, wie diese ihre Lebenssituation und ihr individuelles Wohlbefinden einschätzen und ob sie sich sozial ausgegrenzt fühlen. Im Fokus der Befragung standen dabei unter anderem die Bereiche Arbeit und Familie, wirtschaftliche Situation, Wohnverhältnisse, soziale Gemeinschaft und Gesundheit.

Fóti, Research Manager in der Forschungsabteilung „Lebensbedingungen und Lebensqualität“ von Eurofound, arbeitete in ihrem Vortrag die Teilergebnisse der Umfrage zur öffentlichen Daseinsvorsorge in den Mitgliedsstaaten heraus. Die Sozialforscher hatten dazu gezielt Fragen zu Gesundheitsdiensten, Pflegeeinrichtungen Kinderfürsorge, staatlicher Rentenvorsorge, öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV), Bildungsangeboten sowie anderen Diensten zur Ver- und Entsorgung (Energie, Müll, Wasser etc.) gestellt. Das Ergebnis: Im Durchschnitt stellen die Menschen in der EU dem öffentlichen Dienst mit sechs von zehn möglichen Punkten ein überwiegend positives Zeugnis aus.

Gleichwohl differieren im Detail die Ergebnisse je nach Land, Bereich und Einkommen erheblich. Während in Deutschland die Menschen den ÖPNV mit 6,6 überdurchschnittlich gut bewerten, bekommt der Bildungsbereich mit 5,8 keine gute Note. In Großbritannien ist die Zufriedenheit mit dem Angebot im öffentlichen Dienst höher als in Deutschland, besonders ausgeprägt ist das in den Bereichen Gesundheit (6,5/Deutschland 6,0) und Bildung (6,6). Beide Staaten finden sich jedoch im Europäischen Vergleich beim Leistungsindex des Öffentlichen Dienstes abgeschlagen im Mittelfeld wieder; Deutschland liegt dabei sogar mit 5,8 unter dem EU-Durchschnitt. Die größte Zufriedenheit mit den öffentlichen Angeboten herrscht mit einem Gesamtwert von 7,3 in Finnland. Dort wird der Bildungssektor mit einem Spitzenwert von 8,4 benotet.

Betrachtet man die Ergebnisse sektoral, liegt die Zufriedenheit mit dem ÖPNV EU-weit mit einem Wert 6,3 über dem Durchschnitt. Erhebliche Sorgen bereitet dagegen vielen EU-Bürgern das staatliche Rentensystem, was sich in einem Wert von 4,8 ausdrückt. Auffällig ist, dass die Wertschätzung von öffentlichen Dienstleistungen mit steigendem Einkommen wächst.

Klára Fóti rechnet damit, dass die Finanzmarktkrise negative Auswirkungen auf einige Versorgungsangebote haben wird. Dazu zählte sie unter anderem die staatlichen Rentensysteme und Pflegeangebote für ältere Menschen.

Angriff auf die letzte Bastion

Regierung will sparen – und die Gewerkschaften treffen

Claire Williams (UNISON) über den Dienstleistungssektor in Großbritannien

In ihrem Beitrag beschrieb Claire Williams die Folgen des radikalen Sparprogramms der konservativ-liberalen Regierung für den öffentlichen Dienst in Großbritannien. Williams, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der größten britischen Dienstleistungsgewerkschaft UNISON, warnte vor einem „beispiellosen Vorgang, der die kommunalen Verwaltungen massiv dezimieren wird, besonders im Bereich des öffentlichen Sektors“.

Bislang sind im öffentlichen Sektor Großbritanniens knapp acht Millionen Menschen beschäftigt. Davon arbeiten sechs Millionen direkt bei öffentlichen Arbeitgebern, knapp zwei Millionen sind in inzwischen privatisierten oder ausgelagerten Unternehmen tätig. Sollten die angekündigten Budgetkürzungen umgesetzt werden, verlieren in den kommenden fünf Jahren nach Schätzungen des Chartered Institute of Personnel and Development (CIPD) landesweit zwischen 600.000 und 750.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst ihren Job. Die Hauptlast des Stellenabbaus tragen die weiblichen Beschäftigten, die in kommunalen Verwaltungen teilweise bis zu 70 Prozent der Beschäftigten stellen. Für UNISON ist das eine Kampfansage, denn zwei Drittel ihrer Mitglieder sind Frauen.

Doch es werden nicht nur viele Jobs wegfallen. Bedroht sind das bisherige Lohnniveau, die Sozialleistungen sowie die guten Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst. Eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung war die Ankündigung, dass die Gehälter aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst für zwei Jahre eingefroren werden. Hinzu kommen vermehrte Versuche, tarifvertragliche Regelungen aufzubrechen und die Renten zu kürzen. Williams widersprach an diesem Punkt vehement den in britischen Medien gern kolportierten Vorwurf, Beschäftigte im öffentlichen Dienst würden „goldene“ Renten erhalten. „Eine durchschnittliche Beschäftigte erhält bei ihrer Verrentung 2600 Pfund pro Jahr. Das ist noch nicht einmal eine ‚verzinnte‘ Rente“, spottete die Gewerkschaftlerin.

Viele Dienstleistungsangebote werden finanzielle Roskur nicht überleben

Im Windschatten der Budgetkürzungen werden viele Angebote im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge nur stark geschrumpft oder gar nicht überleben. Williams deklinierte die Auswirkungen an verschiedenen Bereichen des Sozialwesens durch:

- **Bildung:** Schulen werden aus der kommunalen Aufsicht entlassen und dürfen ihre eigenen Lehrpläne entwickeln. Gleichzeitig kürzt die neue Koalition Mittel im Bereich der höheren Schul- und Weiterbildung und erhöht massiv die Studiengebühren. „Es zeigt sich bereits jetzt, wie sehr in Zukunft die Schere bei der Frage auseinandergeht, wer

langfristig Zugang zu einer akademischen Aus- und Weiterbildung erhält“, so Williams.

- Sozialfürsorge: Im Budget der britischen Sozialfürsorge streicht die Regierung wegen angeblich fehlender Effizienz 11 Milliarden Pfund. Im Gespräch sind auch Kürzungen bei Invalidenrenten.
- Sozialer Wohnungsbau und Wohngeld: In diesem Bereich gefährden Kürzungen kommunale Wohnungsbauprogramme wie jenes in Newcastle.
- Gesundheit: Streichung von speziellen Programmen bei Drogen- und Alkoholmissbrauch; Abschaffung der von Labour eingeführten Behandlungsziele wie das „18 weeks referral to treatment target“, das einen Behandlungszwang von Patienten binnen 18 Wochen vorsah. Stattdessen Förderung von mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen, weil mehr Wettbewerb angeblich die Qualität verbessere. Dieser These widersprach Williams vehement. „Ich glaube nicht, dass es bei der bisherigen hohen Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung bleiben wird, wenn wir mehr private Anbieter haben.“

Die Ursachen für die massiven Streichungen im öffentlichen Dienst gehen nach Auffassung von Claire Williams über rein ökonomische Aspekte hinaus. Sie sieht darin auch eine „ideologisch geprägte Attacke gegen die Gewerkschaften“, weil der konservativ-liberalen Koalition die Stärke der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst ein Dorn im Auge sei. Warum? Mit einem Organisationsgrad von landesweit 16 Prozent ist der öffentliche Sektor die letzte Bastion der ehemals mächtigen britischen Gewerkschaften.

Neue gesellschaftliche Allianzen bilden

Als Gegenstrategie der Gewerkschaften auf diese Herausforderungen entwarf Williams ein Handlungsszenario mit drei zentralen Strängen:

- Kampagnen entwickeln und ausweiten: Die Gewerkschaften sollten in den Medien und in der Öffentlichkeit zentralen Argumenten der konservativ-liberalen Koalition widersprechen und eigene Positionen entgegenstellen. Eine Strategie müsse sein, die Wirtschaftlichkeit dieser Kürzungspläne medial stärker anzuzweifeln und klarzumachen, dass der Wegfall von bis 750.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst inmitten einer schweren Wirtschaftskrise nicht durch die private Wirtschaft kompensiert werden könne. Ebenso müssten die Gewerkschaften ihre alternative wirtschaftliche Agenda stärker herausstellen und robuster dem medialen Eindruck von „guten“ privaten und „schlechten“ öffentlichen Dienstleistungen widersprechen.

- **Organisierung erhöhen:** Im Widerstand gegen die neue Regierung müssen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes enger kooperieren. Dazu zählen auch Bündnisse mit Gewerkschaften in privaten Unternehmen.
- **Politische Arbeit ausweiten:** Der Widerstand der Gewerkschaften allein reicht nicht aus. Es müssen neue Allianzen gebildet werden, etwa mit kommunalen Organisationen oder Nutzergruppen von öffentlichen Diensten – und dieses ausgedehnt auf die europäische Ebene.

Williams schloss ihren Vortrag mit einer klaren Aufforderung. Ziel müsse sein, die konservativ-liberale Koalitionsregierung zu sprengen und die angekündigten Kürzungen wieder zurückzunehmen.

Das Unsichtbare sichtbar machen

Deutsche Dienstleister kämpfen gegen schlechtes Image

Hans Gabriel, Berater für dienstleistungspolitische Projekte

Während in Großbritannien die Debatte um einen starken Beschäftigungsabbau im Öffentlichen Dienst gerade entflammt, ist in Deutschland der radikale Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst längst weit fortgeschritten. Das zeigen aktuelle Zahlen, die Hans Gabriel in seinem Vortrag präsentierte. Laut Gabriel, der früher im Bundesvorstand des DGB verantwortlich für Dienstleistungspolitik war und heute als Berater in dieser Thematik Gewerkschaften berät, gingen zwischen 1991 und 2005 rund 2,5 Millionen Jobs im öffentlichen Dienst verloren, die Zahl der Beschäftigten sank um nahezu 40 Prozent von 6,4 auf 3,9 Millionen. Die Abwärtsspirale ist noch immer nicht gestoppt, durch laufende Privatisierungen bzw. Ausgliederungen bei Bahn, Post und kommunalen Unternehmen sinkt die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter.

Parallel zum Arbeitsplatzabbau gibt es eine starke Tendenz, Beschäftigung in Teilzeitarbeitsverhältnisse zu verlagern. So liegt das Arbeitsvolumen pro Tausend Einwohner um rund 30 Prozent niedriger als in Skandinavien. Zugleich wächst aber kontinuierlich die Zahl der Beschäftigten im gesamten Dienstleistungssektor. Waren 1995 dort 64,6 Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigt, bewegen sich heute die Dienstleistungen bei mehr als 70 Prozent der Erwerbstätigkeit und auch der Wertschöpfung. Bis 2025 sagen Prognosen bei der Erwerbstätigkeit ein weiteres Anwachsen bis auf rund 77 Prozent voraus. Ein besonders hohes Wachstumspotenzial sehen Experten im Gesundheits- und Sozialwesen und bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Nur im Außenhandel spiegelt sich die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors bislang nicht wieder. Während im klassischen Warenhandel der Export seit vielen Jahren für hohe Überschüsse sorgt, importierte Deutschland 2009 mehr Dienstleistungen als es exportierte. Die Exportschwäche bei den Dienstleistungen wirft nach Auffassung Gabriels angesichts des hohen Gesamtanteils der Dienstleistungen an der Wertschöpfung die Frage auf, ob die Exportstruktur tatsächlich stimmig ist und nicht eine stärkere Gewichtung auf Dienstleistungen notwendig wäre.

Gabriels Zwischenfazit: „Insgesamt betrachtet ist Deutschlands Ökonomie quantitativ deutlich dienstleistungsgeprägt. Die Dynamik von Wachstum und Beschäftigung geht von Dienstleistungen aus.“

Doppelter Paradigmenwechsel

Die wirtschaftlichen Perspektiven für den deutschen Dienstleistungssektor sind für die Zeit nach der Finanz- und Wirtschaftskrise durchaus vielversprechend. Der Bedarf nach mehr und vor allem qualifizierterer Dienstleistungsarbeit in den nächsten Jahren wachsen wird. In allen europäischen Volkswirtschaften vollzieht sich ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel, der durch mehrere

Entwicklungen entscheidend vorangetrieben wird. Zum einen setzt sich in Zeiten des Klimawandels langsam die Erkenntnis durch, dass das klassische, auf Ressourcenverbrauch basierende ökonomische Wachstumsmodell an seine Grenzen gelangt ist. Die Wirtschaft der Zukunft muss nachhaltig und umweltschonend sein, ohne dabei den sozialen Zusammenhalt zu gefährden. Für einen erfolgreichen ökologischen Umbau sind nach Ansicht Gabriels jedoch erhebliche Investitionen und Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung notwendig – alles Bereiche, in denen Dienstleistungen traditionell eine wichtige Rolle spielen. Eine wesentliche Voraussetzung für eine Dienstleistungsentwicklung in ehemals industriell geprägten Regionen sei die Etablierung von Entwicklungskernen für Wissenschaft und Forschung, so der Berater.

Auch der demografische Wandel wird die deutsche Gesellschaft nachhaltig verändern. Schon jetzt nimmt der Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft rasant zu, da die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit sich zunehmend in die Rente verabschieden und kein ausreichender Nachwuchs folgt. Die Vergreisung der Gesellschaft stellt jedoch ganz neue Anforderungen an die Arbeitswelt und die soziale Infrastruktur. Ältere Menschen werden zukünftig eine wichtigere Rolle in der Gesellschaft einnehmen – sowohl im Arbeitsleben als auch als wachsende Konsumentengruppe. Auf den Trend müsse die Gesellschaft mit neuen und erweiterten Dienstleistungskonzepten reagieren, empfahl Gabriel. Sei es in der Fort- und Weiterbildung oder beim Feintuning von Gesundheitsdienstleistungen für die Bedürfnisse dieser wachsenden Klientel.

Nicht nur ältere Menschen, auch Frauen werden in Zukunft eine größere Rolle in der deutschen Arbeitswelt bekommen, ist sich Gabriel sicher. Noch liegt die Erwerbstätigenquote von Frauen in Deutschland weit unter jener der Männer, was unter anderem an fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten, ungenügenden Betreuungsangeboten für Kinder und unflexiblen Arbeitszeitmodellen liegt. Für eine stärkere Partizipation von Frauen am Berufsleben fehle es jedoch an hochwertigen und intelligenten Angeboten - von haushalts- wie personenbezogenen Dienstleistungen bis hin zu neuen Mobilitätslösungen.

Industrielle Tätigkeiten genießen höhere Anerkennung

Ob und wie die vielversprechenden Prognosen für den Dienstleistungssektor tatsächlich so eintreten werden, hängt für Gabriel wesentlich von einem soziokulturellen wie einem politischen Paradigmenwechsel in der deutschen Gesellschaft ab.

Noch immer präge der rasante industrielle Wiederaufbau der Nachkriegszeit den gesellschaftlichen Diskurs über Arbeit und Wertschätzung einer Tätigkeit. Das industrielle Erbe habe eine Haltung zementiert, nach der industrielle Tätigkeiten eine hohe gesellschaftliche Anerkennung genießen, auch im Selbstverständnis vieler Gewerkschaften. Bestärkt werde diese Haltung durch eine kulturell tief verwurzelte „männliche“ Sicht auf alle Formen von Beschäftigung. Alle Tätigkeiten mit weiblicher Zuschreibung – dazu zählen überwiegend Dienstleistungen – gelten danach als nicht anspruchsvoll.

Sekundiert werde dieses kulturelle Deutungsmuster durch die Schwierigkeiten der Ökonomen, eine ausreichende Transparenz bei der Wertschöpfungskette von Dienstleistungen herzustellen. Es dominiere noch immer die Auffassung, dass die wesentliche Wertschöpfung um industrielle Kerne erfolge, so Gabriel. Dienstleistungen gelten demnach häufig als Anhängsel der industriellen Produktion.

Im Ergebnis führen die sozio-kulturelle und die ökonomische Abwertung zu einer weit verbreiteten Geringschätzung von Dienstleistungen in der gesellschaftlichen Debatte. Hier sollten die Dienstleistungsgewerkschaften ansetzen und stärker die wichtige Funktion von Dienstleistungen für die Lebensqualität herausstellen. „Wir müssen das Unsichtbare sichtbar machen“, forderte der Berater.

Die geringe Wertschätzung erkläre teilweise auch, warum es in Deutschland keine ausgeprägte dienstleistungspolitische Diskussion gebe – trotz der großen quantitativen Bedeutung des Dienstleistungssektors für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. „Die deutsche Politik tut sich schwer, überhaupt eine Dienstleistungspolitik zu formulieren. Die Entwicklung von anspruchsvollen Strategien für den Dienstleistungssektor steckt noch in den Kinderschuhen“, urteilte Gabriel.

Deregulierung führte in die soziale Spaltung

Wenn in Deutschland über Dienstleistungspolitik gesprochen werde, sei das zumeist ein ideologisch stark aufgeladener liberaler Diskurs über Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Absolut verheerend sei daher die Vorstellung gewesen, mit Deregulierung des Arbeitsmarktes und mit der Einführung von Niedriglohnsektoren die Entwicklung von Dienstleistungen zu fördern. Dieser Ansatz führte laut Gabriel nicht zu einer Entwicklung hochwertiger Dienstleistungen, sondern direkt in die soziale Spaltung und zu einer Schwächung des Sozialstaates.

Die Gewerkschaften Ver.di setzt dieser liberalen Philosophie eine eigene Strategie entgegen, die auf ein anspruchsvolles öffentliches Dienstleistungsangebot und einen ausgebauten Sozialstaat setzt. Um Dumpinglöhnen vorzubeugen, muss dieses Angebot sozialstaatlich und tariflich flankiert werden. Keinesfalls schließe dieser Ansatz private Anbieter von Dienstleistungen aus, folgerte Gabriel. Entscheidend sei ein „gesunder Mix“.

Für eine ernsthafte dienstleistungspolitische Diskussion sieht Gabriel viele Fragen unbeantwortet: Wie hoch sind Rationalisierungspotenziale im öffentlichen Dienst? Welche Produktivitätssteigerungen sind sinnvoll, welche maßlos? Wieso gibt es eine hoch entwickelte Bildungskultur für die Industriefacharbeit, aber keine dienstleistungs- politischen Fachkompetenzen unterhalb der akademischen Ebene?

Fragen über Fragen, die bislang nicht beantwortet werden würden, weil es in Deutschland an einer dienstleistungsorientierten Forschungspolitik fehle. Gabriels Kritik mündete in einem ironischen Bonmot: Jede Schraube in einem deutschen Industriebetrieb werde soziologisch begleitet, während

Dienstleistungsforschung im deutschen Wissenschaftsbetrieb nur eine marginale Rolle spielen. Dazu passe auch das fehlende, systematische Herausarbeiten von neuen Dienstleistungen durch die Wissenschaft.

Was können die Gewerkschaften tun? Außer dem Pochen auf Forderungen wie Einhaltung des Arbeitsrechts und Mindestlohn spielt für Gabriel die Bewusstseinsbildung in den eigenen Reihen – gerade im Gespräch mit den klassischen Industriegewerkschaften innerhalb des DGB – eine wichtige Rolle. Darüber hinaus gelte es mit Projekten die öffentliche Debatte um die Wertschätzung von Dienstleistungen nachhaltig zu beeinflussen.

Ungesunde Besessenheit

Sparpolitik fördert Privatisierung in Europa

Stephen Hughes (Labour), Abgeordneter im Europäischen Parlament

Als stellvertretender Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament präsentierte Stephen Hughes ein wirtschaftliches Alternativkonzept, das seine Fraktion im Strasburger Parlament entwickelt hat. Das Konzept sei ein Gegenentwurf zur drastischen Sparpolitik vieler europäischer Regierungen sowie der Europäischen Kommission. Diese werde die ohnehin schweren wirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise weiter verschärfen, befürchtete der Politiker.

Angeführt von deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gebe es derzeit in der EU eine „absolut ungesunde Besessenheit“, öffentliche Schulden zu reduzieren, kritisierte Hughes. Diese einseitige Politik werde in mehrfacher Hinsicht drastische Auswirkungen haben.

Zum einen verführe sie viele Staaten zu der vermeintlich einfachen und schnellen Lösung, Schulden über verstärkte Privatisierung bei der öffentlichen Daseinsvorsorge abzubauen. Zum anderen hätten der Europäische Rat und der Rat der Finanzminister die Mitgliedsstaaten der EU zu völlig unrealistischen Sparanstrengungen verpflichtet. Bis zum Jahr 2013 müssen alle Staaten wieder die Drei-Prozent-Verschuldungsgrenze des Maastricht-Vertrages einhalten, obwohl derzeit 25 der 27 Mitgliedsstaaten teilweise exzessiv die Verschuldungsgrenze überschreiten. Prominente Beispiele dafür sind Griechenland, Irland oder auch Großbritannien. Wenn sich alle betroffenen Länder an diese Vorgaben halten, „werden wir eine kleine Katastrophe erleben“, warnte der Sozialexperte der Labour Party.

Als Beleg zitierte Hughes Ergebnisse einer aktuellen wissenschaftlichen Studie, die mehrere mögliche Politikszenarios für die EU durchspielte. Bei einer Beibehaltung des radikalen Sparkurses würde sich nach Prognosen der Forscher die Arbeitslosigkeit in der EU von heute 25 Millionen auf 27,5 Millionen im Jahr 2015 erhöhen. Lege man dagegen das von seiner Fraktion erarbeitete Konzept zu Grunde, würde die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum auf 19,6 Millionen sinken.

Das Alternativkonzept basiert auf vier wesentlichen Elementen:

- Wachstums- und Beschäftigungspakt: Bereits vor zehn Jahren habe die sozialistische Familie im EU-Parlament einen Stabilitäts- und Wachstumspakt gefordert. Bekommen habe man aber lediglich – vor allem auf Druck Deutschlands – einen Stabilitätspakt, erläuterte Hughes. Dieser soll die Neuverschuldung der Mitgliedsstaaten begrenzen und für einen stabilen Euro sorgen. Zusätzlich zum Stabilitätspakt müsse es aber unbedingt einen Wachstums- und Beschäftigungspakt

geben, der als Ausgleich soziale Überlegungen, etwa bei der Beschäftigung, mit berücksichtige. Vorstellbar wäre für Hughes folgende Regelung: Es dürfen alle Staaten bei der Drei-Prozent Verschuldungsgrenze bleiben, solange nicht gleichzeitig die Arbeitslosigkeit die Fünf-Prozent-Marke überschreitet. „Das würde uns eine gute Balance geben.“

- Eine differenzierte Exitstrategie aus der Schuldenfalle, die die unterschiedlichen finanziellen Fähigkeiten von Mitgliedsstaaten zum Schuldenabbau berücksichtigt: Aus diesem Grund müsse die Frist zur Einhaltung der Verschuldungsobergrenze bis Ende 2015 verlängert werden, damit Staaten finanzieller Spielraum für Investitionen verbleibe, etwa im öffentlichen Dienst. „Ohne diese Strategie marschieren wir direkt in die Stagnation“, prophezeite Hughes.
- Einrichtung einer europäischen Schuldenagentur: Die Einrichtung eines Rettungsschirmes in Höhe von 750 Milliarden Euro zur Stabilisierung überschuldeter Mitgliedsstaaten benötige dringend eines institutionellen Überbaus, um Teile der Staatsschulden aller EU-Staaten in einem speziellen Anlagefonds zu bündeln, empfahl der Europaabgeordnete. Mit einem solchen Fonds wäre mehr Geld für die Ausgabe für europäische Anleihen da, mit denen Infrastruktur- oder Entwicklungsprojekte gefördert werden könnten. Zudem könnte die Schuldenagentur für einheitliche Kreditzinsen für Staatsanleihen sorgen, um die hohen Zinsaufschläge bei wachsender Verschuldung zu durchbrechen. Länder mit bislang sehr guter Bonität wie zum Beispiel Deutschland hätten im Fall einer Verschlechterung ihrer Kreditkonditionen Anrecht auf Kompensation.
- Gesamtpaket zur Erhöhung der Steuereinnahmen: Die Finanzmarktkrise habe deutlich gemacht, dass es höchste Zeit für eine Regulierung und Aufsicht des Finanzmarktsektors sei, bemerkte Hughes. Eines der dafür notwendigen Instrumente ist nach Meinung der Sozialdemokraten die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer auf europäischer Ebene. Auf der Basis eines Satzes von lediglich 0,075 Prozent würde das nach Schätzungen des Labourpolitikers rund 330 Milliarden Euro Mehreinnahmen im Jahr bedeuten. Weitere zusätzliche Einnahmen versprechen eine Steuer auf das Treibhausgas CO₂ und eine Steuerharmonisierung. Ferner vermisst Hughes einen gemeinsamen europäischen Rahmen zur Steuererhebung und zur gerechten Einkommensverteilung.

Privatisierung braucht Regeln

Verbraucher wollen gute Dienstleistungen zu fairen Preisen

Nils Böhlke, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung

Im dreijährigen Forschungsprojekt PIQUE (Privatisation of Public Services and the Impact on Quality, Employment and Productivity) fand Doktorand Nils Böhlke seine Arbeitshypothese für europäische Länder bestätigt: Die Privatisierung von Dienstleistungen ist kein Allheilmittel. Sie kann zu schlechteren Arbeitsbedingungen führen – und zu größerer Unzufriedenheit bei Kunden und Verbrauchern.

Privatisierung ist keine Garantie für bessere Qualität und niedrigere Preise – ausgeschlossen sind solche Effekte aber nicht. Es kommt auf die Branche und auf die Aufsicht an, weist Böhlke nach. Gegenbewegungen wie eine Rekommunalisierung zeigten bereits, dass der freie Markt im Dienstleistungssektor in einigen Branchen zunehmend kritisch gesehen wird.

Denn in vielen Fällen entsteht nach Böhlkes Studie durch Privatisierung nicht mehr Wettbewerb, vielmehr ändert sich nur die Besitzstruktur: Statt öffentlicher Unternehmen teilen sich nun private Investoren den Markt. Böhlke fordert als Konsequenz von der EU-Kommission deshalb nicht nur das Recht auf öffentliche Dienstleistungen. Er empfiehlt auch eine stärkere Regulierung im Dienstleistungssektor. Für Verbraucher gehe es dabei um Garantien wie Zugang, Leistung und Bezahlbarkeit. Für das Wohl der Beschäftigten geht es um gleiche Bedingungen für alle Wettbewerber, vor allem, was die Arbeitsbedingungen und sozialen Rechte der Mitarbeiter betrifft. Für eine Verbesserung der Lage sollten tarifliche Regelungen ausgeweitet werden, schlägt Böhlke vor.

In europäischen Ländern unterscheiden sich die Sektoren, die für Privatisierung gewählt werden, erheblich. Während in Großbritannien Energieversorger und Öffentlicher Nahverkehr sehr stark in private Hände übergingen, war es in Deutschland vor allem der Krankenhaus- und Postsektor. Bei Kliniken ist Deutschland nach Böhlkes Angaben sogar „Weltmeister“ im Privatisieren. Für die Beschäftigten und Patienten hatte das allerdings in erster Linie negative Folgen. Viele privat geführte Kliniken sind heute mit Personal unterbesetzt.

Böhlke stellt in vielen EU-Staaten nach einer Privatisierung einen starken Abbau von Arbeitsplätzen fest –im Energie und Postsektor teilweise bis zu 50 Prozent. Dabei geht es seltener um Entlassungen, sondern häufig um Vorruhestands- und Abfindungsregelungen. Spürbar negative Auswirkungen hat die Privatisierung eher bei Neueinstellungen: Die Bedingungen für die Arbeitnehmer waren in der Regel erheblich schlechter als für Kollegen mit bestehenden Verträgen.

Böhlke folgert, dass neben einer konsequenteren Regulierung auch eine stärker ausgeprägte Investitionsbereitschaft in die Dienstleistungen nötig wäre – insbesondere in personalintensiven Sektoren. Dafür sollten Qualitätskriterien entwickelt werden, die EU-Behörden regelmäßig untersuchen und durchsetzen.

Nur Nein sagen reicht nicht mehr

Gewerkschaften fehlt Gegenentwurf zur Privatisierung

Brendan Martin, Generaldirektor von Public World

Die „Eiserne Lady“ Margret Thatcher und ihre gewerkschaftsfeindliche Politik ist für viele Gewerkschafter ein rotes Tuch. Brendan Martin wies in seinem Vortrag nach, dass New Labour unter Tony Blair kaum besser war – zumindest, was den Verlust von Arbeitnehmerrechten nach Privatisierungen anging. Martin rät, dass Gewerkschaften ihr eigenes, zukunftsweisendes Programm aufstellen müssen, wenn sie eine weitere Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten vermeiden wollen. Das reine Abmildern der Folgen von Privatisierungen führe nicht weiter, das pure Nein sagen erst Recht nicht. Das Potenzial öffentlicher Unternehmen sei für ein eigenes Programm zum Dagegenhalten noch nicht genug im Blick. Bei klaren Ansagen gebe es durchaus die Fähigkeit zur effektiven Selbstreform – die eine Privatisierung dann erübrigt.

Wie kann man Privatisierungen verhindern? Nach Martins Ausführungen helfen dagegen keine reinen Anti-Kampagnen. Ein Beispiel dafür ist für Martin die geplante Privatisierung der britischen Wasserbetriebe 1986. Lange sei es einer breiten Allianz aus Umweltschützern und Gewerkschaften gelungen, die Regierungspläne mit einer gemeinsamen Wasser-Charta zu stoppen. Doch nach ihrer Wiederwahl sei es den Tories gelungen, die Wasserbewegung zu spalten. Und dann wurde doch privatisiert.

Danach, bei der fortschreitenden Privatisierung lokaler Dienstleistungen, sei es für die Gewerkschaften meistens nur noch um eine Abschwächung der Folgen für die Beschäftigten gegangen - aber nicht mehr um eine Verhinderung der Privatisierung durch einen tragfähigen Gegenentwurf.

Die Politik Margret Thatchers hat nach Martins Ansicht auch die Labour-Partei verändert. Mit dem Machtwechsel und dem Beginn der Ära Blair habe sich die Privatisierungspolitik nur wenig gewandelt. Zwar wurde mehr Wert auf die Qualität von Dienstleistungen und zum Teil auch auf die Arbeitsqualität gelegt. Doch auch New Labour lockerte die Qualitätsstandards für Arbeitsbedingungen. Die Folge war nach Martins Analyse eine massive Ausweitung von Niedriglohnbereichen (prekäre Beschäftigung), Outsourcing und Leiharbeit. Ein Beispiel dafür sei die Pflege, in der vorwiegend schlecht bezahlte Leiharbeiter als Scheinselbstständige ohne eigene soziale Absicherung tätig seien.

Mitbestimmung sichert höhere Qualität der Dienstleistungen

Darüber hinaus stürzte sich Blair laut Martin auf Public Private Finance Initiatives, also gemeinsame Unternehmungen von Privaten und der öffentlichen Hand. Also in etwa das, was in Deutschland Public Private Partnership heißt. Dazu kamen Modelle, bei denen öffentliche Bereiche privat gesponsert wurden – etwa die Academy Schools.

Für die Zukunft unter der nun konservativ-liberalen Regierung fordert Martin ein dringendes Umdenken. Er mahnt eine eigene politische Agenda der Gewerkschaften an, die auf einen universellen Zugang zu Dienstleistungen, Qualitätsstandards und kommunale Kontrollen setzen könnte.

Gleichzeitig haben privatwirtschaftliche Reformen mit Elementen wie öffentlicher Ausschreibung, Markerprobung oder Einsatz von Leiharbeit längerfristige Effekte auf den öffentlichen Dienstleistungssektor. Die Managementkultur ist bereits im Wandel, weil privatisierte Unternehmen ihren Führungskräften andere Karriere- und Verdienstmöglichkeiten eröffnen.

Martin folgert, dass mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz zu einer höheren Produktivität im öffentlichen Dienst führt – und Privatisierungen dadurch in Frage stellt. Das Beispiel Newcastle zeige, dass solche Ideen funktionierten. Hier gelang es, Privatisierungen in enger politischer Abstimmung zwischen den Gewerkschaften und der Kommunalverwaltung entweder zu verhindern oder sie sozialverträglich abzumildern.

Ein Vorbild dafür sei auch Deutschland gewesen. In Hagen in Nordrhein-Westfalen war zum Beispiel vor mehr als 10 Jahren die ÖTV bei der Reform des öffentlichen Dienstes beteiligt. Es ging um mehr Effizienz der Dienstleistungen und Kostensenkungen. Voraussetzungen für solche Beteiligungsformen seien aber starke und unabhängige Gewerkschaften, klare Verantwortlichkeiten beim angestrebten Wandlungsprozess und auch generelle Jobgarantien.

Das veränderte politische Umfeld zwingt auch die Gewerkschaften, über eine Reform des öffentlichen Dienstes nachzudenken. In diese Debatten gehören Fragen zum Verhältnis von prekärer Beschäftigung und hohen Löhnen im öffentlichen Dienst. Oder: Sind Leiharbeiter notwendigerweise prekär Beschäftigte? Gibt es nicht andere Wege, um Beschäftigung zu organisieren als Privatisierung – zum Beispiel in Kooperativen oder sozial ausgerichteten Unternehmen? Diese Fragen seien Teile eines Programms, „mit wir uns auseinandersetzen müssen, wenn wir in der Lage sein wollen, die Herausforderung der neuen Regierung anzunehmen“, schloss Martin.

Öffentlich, innovativ und erfolgreich

Kommunale Unternehmen mischen den freien Markt auf

Reinhard Klopffleisch, Leiter des Referats Ver- und Entsorgungspolitik bei der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

Tariftreue spielt bei der Vergabe von Dienstleistungen an private Unternehmen in Deutschland eine zu geringe Rolle, kritisiert Reinhard Klopffleisch. Deshalb plädiert er vehement für eine Vergabe an öffentliche Unternehmen, zum Beispiel in Kommunen. Nur dort ließen sich zurzeit vereinbarte Mindestlöhne auch durchsetzen – auch dank eines sehr hohen Organisationsgrades der Mitarbeiter in Gewerkschaften. Viele kommunale Unternehmen hätten sich im freien Markt gut entwickelt, lobt Klopffleisch. Einige warteten gar nicht mehr auf Regulierung durch den Gesetzgeber. Wie die Privaten auch, versuchten sie, den Markt schon vor der Gesetzgebung zu erobern.

Ein Beispiel aus der Praxis der Abfallwirtschaft: In Berlin mit seinen 3,4 Millionen Einwohnern könnte es bald flächendeckend eine neue Mülltonne geben: Die Wertstofftonne. Zusätzlich zur gelben Tonne für alle Artikel mit grünem Punkt sollen darin ebenfalls recycelbare Materialien gesammelt werden, Metall, Plastik und Holz. Besonders der gute Preis für Altmetall macht die neue Tonne im Moment ökonomisch interessant. Private Anbieter wie das Berliner Entsorgungsunternehmen ALBA wittern ein gutes Geschäft. Während der Gesetzgeber noch über das Für und Wider von Wertstofftonnen für alle Haushalte berät, hat ALBA einige Berliner Stadtteile schon damit ausgerüstet. Der Expansionsdrang ist stark. Einhalt gebietet noch der Berliner Senat.

Doch auch das öffentliche Entsorgungsunternehmen Berliner Stadtreinigung (BSR) ist aktiv. Die BSR bietet ebenfalls schon Wertstofftonnen in der Hauptstadt an. Das sei interessant und eher unerwartet, führt Klopffleisch aus: Ein kommunales Unternehmen wartet nicht auf eine Regulierung des Gesetzgebers. Es geht offensiv vor. In der Vergangenheit seien kommunale Unternehmen bei einer solchen Ausgangslage eher defensiv geblieben.

Bei diesem praktische Beispiel ist die entscheidende Frage allerdings noch offen: Wer kriegt nun die Wertstofftonne per Gesetz, die Öffentlichen oder die Privaten?

Unternehmen umgehen Mindestlöhne

Als Verdi-Vertreter plädiert Klopffleisch in diesem Fall für das öffentliche Unternehmen BSR. Sein Hauptgrund dafür: Bei der BSR gibt es einen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 90 Prozent. Da lasse sich alles aus dem Tarifvertrag auch durchsetzen. Bei ALBA gebe es nur zehn Prozent Organisationsgrad. Dort gebe es zwar auch einen guten Tarifvertrag. Es wende ihn nur niemand an, kritisiert der Verdi-Vertreter.

Er kennt dieses Phänomen aus anderen Städten. Trotz vereinbarter Mindestlöhne in der Entsorgungswirtschaft von 8,02 Euro pro Stunde, würden in der privaten Wirtschaft weiter drei bis vier Euro gezahlt, manchmal sogar

nur 80 Cent. Diese Einsparungen der Firmen wirkten sich aber nicht positiv für die Verbraucher aus – zum Beispiel durch niedrigere Preise. Das Lohndumping steigere allein die Gewinnraten der Privaten, ist Klopffleisch überzeugt.

Positiv beurteilt er zwar die neuen EU-Vorgaben zur Vergabepaxis. Habe vorher der niedrigste Preis gegolten, dürften bei der Vergabe nun auch ökologische und soziale Aspekte eine Rolle spielen. Das Problem sei aber, dass sich Firmen in Deutschland nicht an ihre Ausschreibung halten müssten. Tariftreue sei zum Beispiel kein Kriterium, referiert Klopffleisch. Das habe gerade ein deutsches Gericht entschieden. Mindestlöhne für die Mitarbeiter könnten bei den Privaten so nicht garantiert werden.

Die Voraussetzungen der öffentlichen Unternehmen, im freien Markt mitzumischen, beurteilt Klopffleisch heute als gut. Mittlerweile hätten sich viele kommunale Unternehmen konsolidiert, manchmal sogar mit zweistelligen Gewinnraten. Sie hätten sogar ein bisschen zur Gegenoffensive angesetzt: Sie wollten vor allem im Entsorgungsbereich und in die kommunale Energiewirtschaft investieren. Sie seien inzwischen auch die innovativen Treiber im Bereich Effizienzdienstleistungen und im Bereich Erneuerbare Energien. Sie seien gut aufgestellt, während sich die großen europaweiten Player tendenziell ein wenig aus dem deutschen Markt zurückzögen. Das eröffne den öffentlichen Unternehmen in Deutschland durchaus Chancen – Rekommunalisierung nicht ausgeschlossen.

Gewerkschaften müssen stärker für sich werben Jugend kennt kaum noch Vorteile einer Mitgliedschaft

Paul Clays, Regionalsekretär der Communications Workers Union

Für Paul Clays ist der Organisationsgrad einer Gewerkschaft von größter Bedeutung für ihre Schlagkraft. Die Wissensvermittlung über die ganze Palette von Gewerkschaftsleistungen und die Vorteile für Arbeitnehmer hat für ihn deshalb hohe Priorität. Sie sollte schon in der Schule beginnen, forderte er. Gewerkschaften müssten heute auch verstärkt in privaten und in privatisierten Unternehmen für sich werben. Das könne gegen Lohndumping helfen; und vielleicht auch den Trend zur billigen Leiharbeit eindämmen.

Ehe ein Brite mit seinem ersten Job beginnt, muss er wissen, was eine Gewerkschaft ist - und was sie erreichen kann. Das ist einer von Clays Merksätzen. Er geht nicht davon aus, dass junge Leute, die in den Thatcher-Jahren aufwuchsen, über die Rolle von Gewerkschaften im Bilde sind - beim Aushandeln von Tarifverträgen zum Beispiel, aber auch beim Recht auf Weiterbildung am Arbeitsplatz und bei Fragen von Gesundheit und Sicherheit im Job. In Firmen mit starken Gewerkschaften, argumentiert Clays, gebe es nachweislich weniger Unfälle am Arbeitsplatz. Denn dort würden die britischen Sicherheitsgesetze eingehalten.

So ist es für Clays kein Grund zum Ausruhen, dass bei der britischen Post – einem öffentlichen Unternehmen mit privater Rentenvorsorge – 88 Prozent der Mitarbeiter Gewerkschaftsmitglieder sind. Das ist eine Zahl, die andere britische Gewerkschaften durchaus neidisch machen kann. Vor vier Jahren seien es aber 92 Prozent Organisationsgrad bei der Post gewesen, referiert Clays. „Wir müssen weiter organisieren.“

Gewerkschaften müssen stärker bei privaten Dienstleistern rekrutieren

Die Rekrutierung von neuen Mitgliedern müsse dabei nicht nur bei der staatlichen Post vorangetrieben werden, sondern auch bei den privaten Anbietern von Postdienstleistungen wie DHL und TNT. Hinter der doppelten Anstrengung steckt die Strategie, dem wachsenden Lohndruck auf dem liberalisierten Postmarkt offensiv entgegenzutreten. Wenn die staatliche Post argumentiere, DHL und TNT seien vier Euro die Stunde billiger, sagte Clays, dann könne die Antwort nur lauten: „Wir organisieren bei DHL und TNT und versuchen, diese Unternehmen auf unser Level zu bringen.“

Seine Gewerkschaft organisiere sich deshalb sowohl im öffentlichen wie im privaten Sektor. So unterschiedlich seien manche Arbeitsbedingungen ohnehin nicht mehr. Auch bei der staatlichen Post erhielten neu eingestellte Mitarbeiter inzwischen weniger Gehalt als die Stammbesatzung.

Neben Zeitverträgen gebe es bei der Post inzwischen auch Leiharbeit. Insbesondere gegen diese Tendenz will Clays zu Felde ziehen. „Auch wenn wir

mit diesen Kollegen sympathisieren, wollen wir sie aus der Post heraushalten. Wir möchten lieber Vollzeit- und Teilzeitjobs, die an die Grundsätze gebunden sind, für die wir so lange gekämpft haben.“

Wohin Leiharbeit führe, zeige sich zum Beispiel im privatisierten Telekommunikationssektor, referierte Clays. Dort verdienten langjährige Mitarbeiter in Callcentern gar nicht schlecht – bis zu 26 000 Pfund im Jahr. Wann immer aber solche Mitarbeiter Unternehmen wie die British Telecom (BT) verließen, würden sie durch Leiharbeiter ersetzt. Manche arbeiteten jetzt schon sieben Jahre als Leiharbeiter für die BT. Und das sei ein Riesenproblem für die Gewerkschaften.

Es gebe bei BT sogar die Methode, langjährige Mitarbeiter mit einem goldenen Handschlag zu entlassen - um sie drei Wochen später als Leiharbeiter wieder zu engagieren, berichtete Clays. Auch gegen dieses Aushöhlen von verhandelten Tarifen helfe nur eine starke Gewerkschaft. Der Erfolg der Werbestrategie sei bisher nicht übel: Schon mehr als 50 Prozent der Leiharbeiter bei der BT seien heute Gewerkschaftsmitglieder.

Rückkehr zu einem sozialen Europa

Privatisierte Unternehmen wieder verstaatlichen

Enrico Tortolano und John Medhurst, Public and Commercial Services Union PCS)

Zum Ausklang der Tagung formulierten Enrico Tortolano und John Medhurst Grundzüge einer alternativen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Tortolano forderte von den Arbeitnehmerorganisationen, viel stärker ihre Vision eines sozialen Europas zu definieren und zu propagieren. Als Grundlage dafür sieht er die Rückkehr zu den politischen Wurzeln der europäischen Sozialpolitik, wie sie 1996 in der revidierten Fassung der Europäischen Sozialcharta formuliert wurden.

In den vergangenen zehn Jahren entfernte sich die EU jedoch immer weiter von den Zielen der Sozialcharta und hat sich einer rechtsgerichteten Agenda zugewandt, wie Tortolano kritisiert. Politischer Ausdruck dieser Abkehr ist für ihn die verstärkte politische Ausrichtung auf Privatisierung, Deregulierung und Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Nun seien die Gewerkschaften gefordert, auf die „Dreifaltigkeit des Freien Marktes“ mit einem eigenen Modell einer radikalen, sozialen Demokratie zu antworten.

Dazu bedarf es grundsätzlicher Strategieänderungen seitens der Arbeitnehmerorganisationen. So fehle es noch immer an einer wirkungsvollen politischen Kommunikation, urteilte Tortolano selbstkritisch. Obwohl die Gewerkschaften ihre Argumente auch belegen könnten, „kommen unsere richtigen Argumente in den Medien nicht durch. Darüber müssen wir nachdenken.“ Und auch darüber, wie die Gewerkschaften im gesellschaftlichen Diskurs zentrale ökonomische Begriffe der Deutungshoheit der Konservativen entreißen können. Tortolano skizzierte das am Begriff Wachstum. Die Definition sei in den vergangenen zehn Jahren immer stärker auf den Aspekt der Ergebnissteigerung reduziert worden. Wachstum bedeute aber auch die Möglichkeit zur Umverteilung, die dem sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft diene, bekräftigte der Gewerkschaftsexperte, der wie Medhurst in der Forschungsabteilung von PCS arbeitet.

Die zweite grundsätzliche Strategieänderung liegt in der Weitung des politischen Blicks über den europäischen Tellerrand hinaus. Ein positives Beispiel dafür, wie soziale Interessen politischen Ausdruck finden, sind für Tortolano neue sozialistische Ansätze, wie sie derzeit in Venezuela und Bolivien beobachtet werden können.

Privatisierte Unternehmen im öffentlichen Dienst wieder verstaatlichen

John Medhurst richtete in seinem Beitrag den Blick auf die europäische Dienstleistungsbranche. Diese werde seit geraumer Zeit durch eine konservative Wirtschaftspolitik der EU bedroht. Die Grundlagen dafür legte die EU im Jahr 2000 beschlossenen Vertrag von Nizza. Dort sei in mehreren Artikeln festgelegt worden, wie die öffentlichen Dienste Europa dem Wettbewerb ausgesetzt werden sollten, „unabhängig davon, ob davon auch das Gemeinwohl profitiert“, schilderte Medhurst. Die EU-Kommission unter Präsident José

Manuel Barroso setze seither diese konservative Marschrichtung um. „Die Grundlinie der Privatisierung ist längst Bestandteil der DNA der europäischen Verfassung“, kritisierte Medhurst.

Die europäischen Gewerkschaften stehen nun vor der großen Aufgabe, eine brauchbare, aber auch radikale wirtschaftspolitische Alternativen zum neoliberalen Sparkurs zu entwickeln. Ein zentrale Rolle spielt für Medhurst ein unmissverständlicher Stopp der Privatisierung im öffentlichen Dienst sowie die Wiederverstaatlichung bereits privatisierter Unternehmen. „Öffentliche Dienstleistungen sind für die Befriedigung der Bedürfnisse der Öffentlichkeit gedacht, nicht um Profit zu erzielen“, sagte der PCS-Experte.

Er begründete den radikalen Ansatz mit guten Erfahrungen in einigen Ländern. So hat Frankreich nach desaströsen Erfahrungen mit der Privatisierung die Wasserversorgung wieder verstaatlicht. In Neuseeland und Australien übernahm der Staat bereits privatisierte Eisenbahn- und Fluggesellschaften, in Estland wanderte das Eisenbahnnetz wieder in öffentlichen Besitz.

Im Kampf gegen den flächendeckenden Abbau des öffentlichen Dienstes in Europa müssten sich die europäischen Gewerkschaften viel stärker miteinander solidarisieren und vernetzen, forderte Medhurst. Nur so könnten sie genügend Schlagkraft entwickeln, um Regierungen unter Druck zu setzen und die demokratische Legitimation vieler EU-Institutionen in Frage zu stellen. „Wir brauchen länderübergreifende Kampagnen, um den Wohlfahrtsstaat und die öffentlichen Dienste zu verteidigen.“

Diskussion

- Die Gewerkschaften stehen wie in den 80er-Jahren erneut an einer Wegscheide. Während vor 30 Jahren Margret Thatcher das Zeitalter von Privatisierung und Liberalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Europa „nur“ einläutete, droht nun eine noch weit größere Herausforderung. Die infolge der Finanzmarktkrise von neoliberalen Politikern und Finanzmarktakteuren eingeleiteten rigiden Sparprogramme gefährden nicht nur den wirtschaftliche Aufschwung in vielen EU-Staaten. Sie liefern auch die politische Kulisse, um tiefe Einschnitte ins soziale Netz und eine noch weitgehende Privatisierung als wirtschaftliche Notwendigkeit zur Sanierung der Staatsfinanzen zu rechtfertigen. Neoliberalen Eliten wittern daher nun die Chance, ausgerechnet im Windschatten der von Ihnen maßgeblich mit ausgelösten Finanzmarktkrise das europäische Sozialmodell endgültig zerschlagen zu können. Auf diese Herausforderung müssen die Gewerkschaften umgehend mit einer alternativen politischen Strategie antworten – und dabei aus den Erfahrungen von dreißig Jahren Privatisierung lernen.
- Der Blick der Gewerkschaften darf sich nicht nur auf die aktuellen Sparprogramme in den jeweiligen Ländern der EU richten. Noch wichtiger ist eine breite gesellschaftliche Debatte über die Folgen des staatlichen Rückzugs aus dem Dienstleistungssektor und die damit verbundenen Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt. Diese Debatte müssen die Gewerkschaften europaweit initiieren und maßgeblich beeinflussen.
- Unter den massiven Mittelkürzungen für den öffentlichen Dienst leiden nicht nur die dort Beschäftigten, sondern auch der Verbraucher, der das gewohnte Angebot nicht mehr erhält oder nur noch zu erhöhten Preisen. Viele gesellschaftliche Gruppen sind also direkt oder indirekt von den Auswirkungen einer zunehmenden Liberalisierung und Privatisierung betroffen. Besonders die britischen Gewerkschaften betonen die Notwendigkeit, gemeinsam mit diesen betroffenen Gruppen (Nichtregierungsorganisationen, Sozialverbänden, Kommunen, Umweltgruppen etc.) neue und schlagkräftige Allianzen zu bilden. Um diese Menschen zu erreichen, sollten sich die Gewerkschaften viel stärker auf lokaler Ebene und in Graswurzelbewegungen einbringen. In diese Allianzen gehören auch gesellschaftliche Gruppen einbezogen, die üblicherweise nicht zum politischen Umfeld der Gewerkschaften zählen.
- Ziel muss sein, dass der Widerstand gegen die Privatisierungspolitik im öffentlichen Dienst in den Medien und der Öffentlichkeit nicht mehr als rein gewerkschaftlicher Abwehrkampf für die dort Beschäftigten wahrgenommen wird, sondern als gesamtgesellschaftlicher Konflikt um den Erhalt grundlegender sozialstaatlicher Errungenschaften.
- Eine grundlegende Voraussetzung dafür sind effizientere und professionellere Kommunikationsstrategien. Sowohl in der internen

Kommunikation mit Mitgliedern, bei der notwendigen Rekrutierung neuer Mitglieder wie auch in der Außendarstellung. Bislang gelingt es den Gewerkschaften nicht, in der Debatte um die Zukunft des öffentlichen Dienstes die Herzen und Köpfe der Menschen zu erreichen - auch weil sie teilweise zu abstrakt mit Begriffen wie „Dienstleistungen im allgemeinen Interesse“ argumentiert. Es fehlt an einer klaren und verständlichen Botschaft, die die Menschen verstehen. Wie es sprachlich anders gehen kann, hat nach Meinung einiger Tagungsteilnehmer ausgerechnet Margret Thatcher mit ihrer einfachen, aber klaren Sprache demonstriert. Ein weiteres Problem sind Defizite in der internen Gewerkschaftsorganisation. Häufig führen ausgerechnet die politischen und wissenschaftlichen Abteilungen ein Schattendasein, obwohl sie die Positionen und Strategien formulieren.

- Die Tagung legte teilweise unterschiedliche Auffassungen zwischen deutschen und britischen Gewerkschaftern darüber offen, wie der neoliberale Herausforderung strategisch und kommunikativ begegnet werden kann. Auf britischer Seite dominierte der Ansatz, eine verstärkte Privatisierung abzuwehren und die negativen Folgen dieses Prozesses auf Beschäftigung und Leistungsangebot bei den öffentlichen Dienstleistungen zu betonen. Viele britische Teilnehmer argumentierten auch mit einer Kausalkette von öffentlicher Dienst=gleich gute Dienstleistung versus privat=schlechte Dienstleistung, die es herauszustellen gelte.
- Auf deutscher Seite wurde das durchaus kritisch gesehen. Die Gewerkschaften in Deutschland würden die öffentliche Debatte sofort verlieren, wenn sie entlang der Frage privat oder öffentlich geführt würde, so ihre Befürchtung. Keinesfalls dürfe man sich deshalb als Gewerkschaft auf eine generelle Diskussion über die Staatsquote einlassen. Stattdessen müsse die Debatte vielmehr entlang der Frage der Qualität und des ungehinderten Zugangs zu Dienstleistungen geführt werden. Im Rahmen dieser Qualitätsdiskussion ist es dann Aufgabe der Gewerkschaften, übliche neoliberale Klischees über privatisierte Dienstleistungen (besser, billiger, schneller) an aktuellen Beispielen als unwahr zu thematisieren. Und es gilt die wirtschaftlichen Interessen privater Dienstleister herauszuarbeiten. Allerdings gehört zu dieser Qualitätsdebatte auch, sich unbequemen Diskussionen wie etwa jener über fehlende Effizienz im öffentlichen Dienst offen zu stellen.
- Statt allein auf einer strikten Antihaltung gegen die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen zu beharren, halten es deutsche Teilnehmer für klüger, positiv zu argumentieren. Beispiele aus der Praxis zeigen, dass öffentliche Dienstleister durchaus qualitativ besser und wirtschaftlich erfolgreicher im freien Markt agieren können als die private Konkurrenz.
- Politik und Wirtschaft sind auf europäischer Ebene längst eng vernetzt. Deshalb müssen auch die Gewerkschaften stärker grenzüberschreitend kooperieren und gemeinsamen Kampagnen entwickeln.